



Den transatlantischen Freihandel stärken – die Globalisierung gestalten

Beschluss des CDU-Bundesfachausschusses Europapolitik unter der Leitung von Elmar Brok MdEP und des CDU-Bundesfachausschusses Finanzen, Wirtschaft und Energie unter der Leitung von Dr. Joachim Pfeiffer MdB zu den laufenden Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft mit den USA (TTIP) vom 21. August 2015.

Die geplante Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika bietet für Europa und besonders für die Exportnation Deutschland eine einzigartige Chance. Dadurch würde der weltweit größte grenzüberschreitende Binnenmarkt mit 800 Mio. Menschen entstehen. Gemeinsam erwirtschaften die USA und die EU fast 50 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und stehen für ein Drittel des weltweiten Handels. TTIP bietet aber vor allem auch die – möglicherweise letzte – Chance, unseren hohen westlichen Standards, z. B. in den Bereichen Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz, weltweit Geltung zu verschaffen.

Die Diskussion um TTIP bewegt die Menschen auf beiden Seiten des Atlantiks. Dabei trüben der Streit über aktuelle transatlantische Probleme, falsche Annahmen über die Wirkungen des Freihandels und einzelne Aspekte des geplanten Freihandelsabkommens den Blick dafür, welche enormen Chancen mit dessen Abschluss verbunden sind. Trotz aller aktuellen Konfliktpunkte beruht die transatlantische Gemeinschaft auf einem weltweit einzigartigen Fundament gemeinsamer Werte. Auf deren Grundlage wollen wir die transatlantische Zusammenarbeit weiter ausbauen.

Gegen das geplante Freihandelsabkommen wird mit oftmals populistischen, oftmals auch falschen Behauptungen Stimmung gemacht. Ohne öffentliche Aufregung hat die Europäische Union Freihandelsabkommen mit zahlreichen Staaten abgeschlossen, allerdings noch nicht mit den USA, dem mit Abstand wichtigsten EU-Handelspartner.

Dabei ist gerade dieses geplante Abkommen die Chance, in einer sich rasant verändernden Welt das Gewicht der westlichen Gemeinschaft zu bewahren und zu stärken. Deutschland, Europa und seine Bürgerinnen und Bürger profitieren stark von der Globalisierung. Unser Wohlstand ist entscheidend von unserer Wettbewerbsfähigkeit abhängig. Es ist jedoch eine Tatsache, dass Deutschland und die Europäische Union auf globaler Ebene an Gewicht und Einfluss verlieren. Angesichts der Vielzahl von laufenden Verhandlungen über bilaterale Freihandelsabkommen gerade im aufstrebenden asiatischen und transpazifischen Raum sehen wir daher in einem raschen Abschluss der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA einen wichtigen Schritt, um unsere Position in der Spitze der Weltwirtschaft halten und die Globalisierung weiter mitgestalten zu können. Denn angesichts des Aufstiegs neuer Gestaltungsmächte wie China und Indien entscheidet sich am Erfolg oder Scheitern von TTIP nicht zuletzt die Frage, ob die westlichen Demokratien im 21. Jahrhundert in der Lage sein werden, ihre Standards auch global durchzusetzen oder ob sie in Zukunft die Standards anderer übernehmen müssen. Ohne das Abkommen mit den USA wird Europa zunehmend hinter die dynamischen Volkswirtschaften, die ihren Handel mit den USA liberalisieren, zurückfallen. Dies würde Beschäftigung, Wohlstand und Wachstum in Europa schaden.

Wenn wir für unsere Vorstellungen auch künftig Gehör finden wollen, brauchen wir starke Partner. Deshalb müssen wir die Chancen ergreifen, die das transatlantische Freihandelsabkommen bietet. Dies ist im nationalen und europäischen Interesse. Dabei ist es uns sehr wichtig, die Sorgen und Befürchtungen der Menschen ernst zu nehmen und sie auch in den Verhandlungen mit den USA aufzugreifen. Darauf können sich die Menschen in unserem Land verlassen.

Dabei sind uns folgende Punkte wichtig:

1. Bisher noch immer verschlossene Märkte zu öffnen, den bestehenden Marktzugang mit unseren Partnern weiter auszubauen und dabei von den Parlamenten bestätigte, völkerrechtlich verbindliche Regelungen festzuschreiben, hat daher oberste Priorität. Das transatlantische Freihandelsabkommen muss diesen Anforderungen gerecht werden.

2. Unsere hohen EU-Schutzstandards, insbesondere in den Bereichen des Verbraucher- und Datenschutzes, bei der Lebensmittelsicherheit, der Arbeitnehmerrechte sowie im Arbeits-, Umwelt- und Gesundheitsschutz, müssen Bestand haben. Auch die Standards der USA, die in einigen Bereichen höher sind als die der EU, dürfen nicht abgesenkt werden. Wir begrüßen, dass sich hierzu auch die Europäische Kommission und die Bundesregierung bekannt haben. Wir fordern sie dazu auf, daran festzuhalten. TTIP bietet die Chance, dass diese Standards auch zukünftig Bestand haben und im globalen Wettbewerb Maßstäbe setzen. Diese Chance gilt es zu nutzen.
3. Das Freihandelsabkommen mit den USA muss die bestehenden Zölle sowie vor allem auch sonstige rechtliche, technische und andere Handelshemmnisse im transatlantischen Handel durch stärkere gegenseitige Anerkennung von Standards umfassend abbauen. Standards sollen gegenseitig anerkannt werden können, wenn die jeweiligen Schutzniveaus gleichwertig sind. Die geplante engere regulatorische Kooperation soll in diesem Zusammenhang dazu genutzt werden, den transatlantischen Dialog über künftige Regelungsvorhaben zu fördern. Sie wird aber bestehende Gesetze nicht aushöhlen und künftige Gesetzgebung nicht verhindern. Europäische und nationale Rechtsetzung sind auch zukünftig möglich und notwendig.
4. Wie auch bisher in allen europäischen Handelsabkommen muss die Entscheidungsfreiheit der EU-Mitgliedstaaten und ihrer regionalen und kommunalen Körperschaften erhalten bleiben, öffentliche Dienstleistungen insbesondere der Daseinsvorsorge in Art, Umfang und Form auch weiterhin nach ihrem eigenen Ermessen zu erbringen. Dabei muss sichergestellt werden, dass es keinen Zwang zur Privatisierung von im öffentlichen Eigentum befindlichen Unternehmen gibt. Gleiches gilt für jegliche Form der Kulturförderung und Erhaltung der kulturellen Identität.
5. Die Europäische Kommission muss – wie schon bislang – bei den Verhandlungen größtmögliche Transparenz sicherstellen und die Öffentlichkeit zeitnah und umfassend über den Fortgang der Verhandlungen informieren. Gleichzeitig

erkennen wir an, dass die endgültige Entscheidung über TTIP auf demokratische Weise von dem Rat und den zuständigen Parlamenten getroffen wird.

6. Europa muss die Chance nutzen, mit TTIP einen globalen Standard für einen „Investitionsschutz 2.0“ und ein Investor-Staat-Schiedsverfahren zu setzen. Ein transparenter und gegen Missbrauch abgesicherter Investitionsschutz ist ein wichtiges Instrument, um Investitionen weltweit unter fairen und rechtmäßigen Bedingungen zu ermöglichen und Diskriminierungen auszuschließen. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass rechtsstaatlich und demokratisch begründete, jetzige und zukünftige gesetzliche Regelungen und die Gesetzgebungskompetenz der Parlamente nicht durch Investitionsschutzverfahren ausgehebelt werden. Denkbar ist zum Beispiel konkret, dass lediglich Berufsrichter in den Schiedsgerichten entscheiden. Weiterhin sollte ein Berufungsverfahren möglich sein.

7. Das Freihandelsabkommen bietet Chancen gerade für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Zum einen sind es gerade die KMU, die vom Abbau unterschiedlicher Regulierungen profitieren, da sie im Gegensatz zur Großunternehmen oft zu geringe Kapazitäten haben, diese zu handhaben. Zum anderen bietet die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft die Chance, KMU besser über regulatorische Anforderungen auf der jeweils anderen Seite des Atlantiks zu informieren. Das Ziel muss sein, KMU stärker am transatlantischen Handel zu beteiligen. TTIP sollte ein Maßstab für KMU-freundliche Freihandelsabkommen werden, indem es die besonderen Bedürfnisse von KMU beachtet.